

# niedersachsen magazin

Dezember 2022 • 84. Jahrgang

NBB – Niedersächsischer Beamtenbund  
und Tarifunion

2020

2021

2022

2023

Seite 3 <

Landesjugendtag  
NBB

Seite 4 <

AG HPR des NBB

Seite 6 <

Landeshaupt-  
vorstandssitzung  
des NBB

> Zur Sache

## Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

während wir uns auf die Adventszeit und die vorweihnachtliche Ruhe freuen, geht gleichzeitig ein Jahr zu Ende, an das wir uns vermutlich noch sehr lange zurückerinnern werden. Das Jahr 2022 steht für einen begonnenen Krieg auf europäischem Boden, der in erster Linie für die Menschen in der Ukraine unendliches Leid, Zerstörung und Verlust der eigenen Existenz bedeutet hat und nach wie vor bedeutet.

In direkter Konsequenz ist aber auch unsere Weltordnung nachhaltig verändert. Weiterhin ist nicht absehbar, wie sich der Krieg in den kommenden Monaten entwickeln wird und welche weiteren Auswirkungen noch zu erwarten sind. Die Energiepreise und Lebenshaltungskosten befinden sich auf Rekordhöhen, wir müssen – auch bedingt durch die immer deutlicheren Auswirkungen des Klimawandels – sowohl unseren Energieverbrauch als auch unsere ganz allgemeinen Lebenseinstellungen und Gewohnheiten den neuen Gegebenheiten so gut als möglich anpassen.

Darüber hinaus stehen insbesondere unsere Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes weiterhin vor der großen Herausforderung, den zahlreich zu uns geflüchteten Menschen die bestmögliche Unterstützung zu geben und den ständigen politischen Entwicklungen begegnen zu können.

Die Leistungen für unser aller Gemeinwohl, die unsere Menschen im öffentlichen Dienst zur Bewältigung aller Krisen und Herausforderungen auch in diesem Jahr wieder erbracht haben, können nicht hoch genug gewürdigt werden. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben abermals gezeigt: **Wir können Krise, wir können Belastung, wir können Staat!**

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr 2022 neigt sich dem Ende zu und somit ist es an der Zeit, dieses Revue passieren zu lassen. Ich möchte mich dabei jedoch bewusst auf Positives konzentrieren.

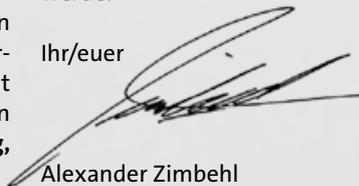
Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion hat in diesem Jahr gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften und -verbänden viel erreicht.

Wir haben in verschiedensten Konstellationen in Arbeitsgruppen, Vorstandssitzungen, Seminaren et cetera erfolgreich zusammengearbeitet. Wir haben viele Gespräche geführt, viele konstruktive Änderungsvorschläge erarbeitet, Gedanken gesammelt und formuliert, Ideen gesammelt. Wir haben Forderungspapiere erstellt und diese Forderungen auch an den entsprechenden Stellen eingebracht und gefordert.

Auf diesen öffentlichen Dienst kann man sich in jeder Situation verlassen – in Kommunen, Land und Bund gleichermaßen. Gleichzeitig ist es weiterhin unsere Aufgabe, innerhalb des Verbandes und unserer Mitgliedsgewerkschaften auch in der Zukunft alles dafür zu tun, dass sich die Voraussetzungen für unsere Kolleginnen und Kollegen endlich nachhaltig verbessern. Nicht nur die bevorstehenden Tarifverhandlungen in Bund und Kommune sowie dann im Anschluss mit den Ländern, werden da ein wesentlicher Gradmesser sein.

So wünsche ich Ihnen und euch trotz dieser für uns alle so schwierigen Zeiten ein besinnliches, ruhiges und vor allem friedliches Weihnachtsfest. Genauso wünsche ich natürlich schon jetzt ein glückliches neues Jahr 2023, verbunden mit der Hoffnung, dass sich vieles in Deutschland und Europa wieder zum Besseren wenden werde.

Ihr/euer



Alexander Zimbehl



> Alexander Zimbehl,  
1. Landesvorsitzender



> Azra Goronczy,  
Landesgeschäftsführerin

**Wir haben Ergebnisse erzielt! Wir haben gemeinsam gearbeitet und gemeinsam gekämpft. Gemeinsam ist das, was uns, den NBB und seine Mitgliedsgewerkschaften und -verbände, stark macht und ausmacht!**

Dafür möchte auch ich mich bedanken! Die Zusammenarbeit mit denjenigen, die sich in unseren verschiedenen Gremien und Arbeitskreisen immer wieder einbringen und uns in unserer Arbeit unterstützen, ist

### Impressum

**Herausgeber:** NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.nbb.dbb.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Goronczy (Landesgeschäftsführerin). **Redaktionsschluss:** 07.12.2022

**Verantwortlich für den Inhalt:** Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar.

**Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Titelfoto:** © Getty Images/iStockphoto

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz.

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 26,** gültig ab 1.1.2022.

**Bezugsbedingungen:** Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

immer professionell und sehr kollegial! So macht das Arbeiten Spaß!

Als Landesgeschäftsführerin des Niedersächsischen Beamtenbund und Tariftarifunion möchte ich mich auch ausdrücklich bei meinen Mitarbeiterinnen in der Landesgeschäftsstelle für die sehr gute und angenehme Zusammenarbeit bedanken!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen – ich wünsche euch und Ihnen allen eine besinnliche Vorweihnachtszeit. Genießen Sie die Zeit mit Ihren Liebsten noch bewusster und intensiver, kommen Sie zur Ruhe. Atmen Sie durch. Tanken Sie Kraft.

Diese Kraft werden auch wir als NBB wieder im kommenden Jahr 2023 benötigen.

Ich wünsche bereits an dieser Stelle ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2023, verbunden mit den besten Wünschen!

Ihre  
  
 Azra Goronczy,  
 Landesgeschäftsführerin NBB

## Landesjugendtag der NBB-Jugend

Am 17. November 2022 fand der Landesjugendtag der NBB-Jugend im Maritim Airport Hotel Langenhagen statt. Erfreulicherweise gab es viele Anmeldungen von Delegierten unserer Mitgliedsgewerkschaften und -verbände.

Die bis zu dem Landesjugendtag kommissarische Landesvorsitzende der NBB-Jugend, Perdita Gunkel (DSTG), konnte leider nicht persönlich anwesend sein, verabschiedete sich jedoch mit einem Video von den anwesenden Delegierten.

### ▣ Satzungsänderung

Auf der Agenda stand zu Beginn der Sitzung eine umfangreiche Änderung der Satzung der NBB-Jugend.

So wurde das Mitgliedsalter analog zu der Satzung der dbb jugend bund und vieler Mitgliedsgewerkschaften und -verbände auf 30 Jahre heraufgesetzt.

Der Vorstand wurde in „Landesjugendleitung“ umbenannt. Geändert wurde auch der Tagungsrhythmus des Landesjugendtages. Bisher war er angelehnt an den Bundesjugendtag, jetzt findet er jeweils im Jahr des NBB-Landesgewerkschaftstages statt, sodass Anträge zeitnah an

diesen weitergeleitet werden können.

Da es in den Regionalverbänden des NBB schon seit Langem keine Jugendgruppierungen mehr gibt und auch nicht damit zu rechnen ist, dass sie wieder reaktiviert werden, wurden diese aus der Satzung gestrichen. Neben weiteren Änderungen wurde auch die Möglichkeit eröffnet, künftig elektronisch Gremiensitzungen durchzuführen.

### ▣ Neuwahl der Landesjugendleitung

Es schloss sich dann die Wahl einer neuen Landesjugendleitung an.

Als Landesjugendleiter wurde einstimmig Sebastian Scherbinski von der DPoIG – JUNGE POLIZEI – gewählt.

Seine gleichberechtigten Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind Janine Löffler (komba),



> Alexander Zimbehl, Lara Wiechers, Sebastian Scherbinski, Markus Zehle, Janine Löffler (von links)

Lara Wiechers (DSTG) und Markus Zehle (DPoIG – JUNGE POLIZEI).

Ihnen gratulierten sowohl der 1. Landesvorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl, als auch die anwesende 1. stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend, Sandra Heisig, und wünschten ihnen viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Alexander Zimbehl sicherte der neuen Landesjugendleitung die volle Unterstützung des NBB für ihre Arbeit zu. Der neue NBB-Landesjugendleiter Sebastian Scherbinski hob in seiner Abschlussrede nochmals die Bedeutung der Arbeit des Dachverbandes und seiner Nachwuchsorganisation hervor:

„Es liegen spannende Wochen und Monate vor uns, voller Auf-

gaben, die wir als NBB-Jugend nur im Schulterschluss mit allen Mitgliedsverbänden lösen können. Vor allem in Hinblick auf die Zukunft des öffentlichen Dienstes und die kommenden Tarifverhandlungen werden wir als Generation der Mitarbeitenden der kommenden 30 bis 40 Jahre klar unsere Vorstellungen von einem modernen und attraktiven Arbeitgeber kommunizieren.“

In ihren jeweiligen Reden gingen sowohl Alexander Zimbehl als auch Sandra Heisig auf die Bedeutung der jüngeren Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst ein und die Herausforderungen – unter anderem demografischer Wandel und Digitalisierung –, die schon bestehen und den Beamtenbund und seine Mitgliedsgewerkschaften



und -verbände und dort gerade die jüngeren Mitglieder auch weiter beschäftigt werden. Tragbare Lösungen, die nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfen, wurden angemahnt.

## ■ Antragsberatung

Im letzten Teil des Landesjugendtages wurde über Anträge beraten.

Die Delegierten forderten unter anderem eine Übernahmegarantie für Anwärter und Auszubildende nach ihrer Ausbildung, die Anhebung der Eingangssämter in den jeweiligen Laufbahngruppen und auch eine Steigerung der Besoldung beziehungsweise Entgelte, um konkurrenzfähig

gegenüber den anderen Bundesländern und der freien Wirtschaft zu bleiben.

Natürlich waren auch Themen der Digitalisierung, zum Beispiel die Anschaffung von Laptops und VPN-Karten für jeden Beschäftigten, um gerade im Bedarfsfall zu Hause arbeiten zu können, Gegenstand der Anträge.

## ■ Ein großes Dankeschön!

Der Landesjugendtag der NBB-Jugend war ein voller Erfolg. Die Kolleginnen und Kollegen konnten sich, soweit dies noch nicht der Fall war, kennenlernen und in einen guten Austausch einreten.



> Die NBB-Jugend

Der NBB bedankt sich recht herzlich bei allen Beteiligten für den guten und erfolgreichen Tag!

Wir bedanken uns auch insbesondere bei der bisherigen NBB-Jugend für die Zusammenarbeit

und wünschen allen ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen alles Gute.

Der neu gewählten Landesjugendleitung gratulieren wir herzlich und freuen uns auf die Zusammenarbeit! ■

## AG HPR

Am 1. November 2022 fand erneut ein Treffen der AG HPR des NBB statt. Mitglieder der Hauptpersonalräte fast aller Ressorts trafen sich, um sich über diverse Themen auszutauschen. Neue Informationen gab es zu den Vereinbarungen gemäß § 81 NPersVG Hard- und Software sowie Telearbeit.

Weitere Neuigkeiten gab es zu den Beurteilungsrichtlinien. Das Innenministerium will die „Allgemeinen Richtlinien für die dienstliche Beurteilung der Beschäftigten im unmittelbaren Landesdienst (BRL)“ anpassen.

Der NBB hat seine Bereitschaft signalisiert, dazu möglichst umgehend gemeinsame Verhandlungen zu einer Vereinbarung nach § 81 NPersVG aufzunehmen. Der uns übersandte Entwurf der BRL – eingearbeitet ist dort unter anderem die aktuelle Rechtsprechung – wird derzeit von einem Arbeitskreis überarbeitet. Über den Stand und die bereits jetzt feststehenden Diskussionspunkte informierte der 1. Landesvorsitzende Alexander Zimbehl.

Ein weiterer Arbeitskreis erarbeitet derzeit Vorschläge für die



> Sitzung der AG HPR des NBB

Novellierung des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes und ist mit seiner Arbeit bereits sehr weit fortgeschritten. Aktuell wird seitens des Innenministeriums die Wahlordnung überarbeitet. Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung, wie es formuliert wurde, sollen einzelne Prozesse im Verfahren der Wahlen zu den Personalvertretungen digitalisiert werden, um zu einer vereinfachten und effizienteren Organisation und Durchführung der Wahlen zu den Personalvertretungen zu kommen. Der Entwurf einer entsprechenden Verordnung zur Änderung der Wahlordnung PersV lag dem NBB im Wege der frühzeitigen Information bereits vor.

Über den Sachstand des Alimentationsverfahrens beziehungsweise die Auswirkungen des Niedersächsischen Gesetzes zur

amtsangemessenen Alimentation auf dieses, welches in der vergangenen Legislaturperiode verabschiedet wurde, berichtete Alexander Zimbehl ebenso wie über die Forderungsfindung der

anstehenden Tarifverhandlungen TV-L. Abschließend bedankte er sich bei allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit in 2022 und nannte bereits die ersten Termine für 2023. ■

## > eBeihilfe – App ist eingeführt

Wir möchten gerne darauf hinweisen, dass das NLBV Ende Oktober die eBeihilfe-App für Smartphones und Tablets kostenlos zum Download zur Verfügung gestellt hat.

Diese App unterliegt, so wurde uns seitens des NLBV versichert, strengen Sicherheitsmaßnahmen und hat unabhängige Sicherheitstests und -gutachten durchlaufen. Hosting und die Datenhaltung erfolgen in Deutschland.

Das Einreichen der Rechnungen erfolgt per Foto oder Barcode-Scan. Die Belege können im Offline-Modus erfasst und später eingereicht werden.

Jährlich werden durchschnittlich über eine Million Beihilfeanträge von circa 250 000 Beihilfeberechtigten eingereicht. Durch die Nutzung der eBeihilfe-App soll sich die durchschnittliche Bearbeitungszeit verringern.

Auf der Internetseite des NLBV sind alle Fragen zur Registrierung und Anwendung zu finden.

Zu beachten ist allerdings, dass eine Registrierung der App erst möglich ist, wenn in der Vergangenheit bereits ein Beihilfebescheid des NLBV erstellt wurde. Die erstmalige Antragstellung über die App ist nicht möglich.





## Seminar der Seniorenvertretung des NBB

Am 7./8. November 2022 fand das von der dbb akademie in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung der Seniorenvertretung des NBB durchgeführte Seminar mit den Themen Sicherheit und Digitalisierung statt.

### ■ NBB

Zu Beginn der Veranstaltung informierte der 1. Landesvorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl, über die aktuelle Gewerkschaftsarbeit.

Seniorinnen und Senioren sind die Verlierer der Coronapandemie. Sowohl hinsichtlich der vielen Todesfälle und der schweren Krankheitsverläufe in dieser Altersgruppe sowie der sozialen Isolation zum Schutz vor dem Virus als auch in finanzieller Hinsicht. Die tarifliche Einmalzahlung (Coronasonderzahlung) für öffentlich Bedienstete von 1.300 Euro haben die Seniorinnen und Senioren nicht erhalten. Auch war zum Zeitpunkt der Veranstaltung unklar, ob die bundesweit gezahlte Energiekostenpauschale von 300 Euro auch die niedersächsischen Versorgungsberechtigten erhalten. Nach vielen Interventionen des NBB liegt nunmehr ein Gesetzesentwurf vor, nach dem auch in Niedersachsen eine Zahlung erfolgen soll.

Der Ausschluss vom sogenannten Weihnachtsgeld für die niedersächsischen Versorgungsberechtigten ist ein weiterer Teilaspekt der schlechten Behandlung der Älteren durch die Politik. Die gesellschaftliche Entwicklung lässt den Älteren keine Wahl, sie müssen ihre honorarige Zurückhaltung bei finanziellen Forderungen beenden.

Durch den Vortrag zeigte sich aber auch, wie wichtig es ist, dass öffentliche Bedienstete im Ruhestand weiterhin in ihrer Gewerkschaft bleiben. Nur in einer starken Gewerkschaft können ihre Probleme wie ein „Weihnachtsgeld“ auch für Ver-

sorgungsberechtigte, keine sozialversicherungsfreien Einmalzahlungen an Aktive, die dann bei der Rentenerhöhungen nicht berücksichtigt werden, Energiekostenpauschale und so weiter eingefordert werden.

### ■ Sicherheit

Über das Thema Sicherheit referierte danach die Polizeibeamtin Silke Gottschalk von der Polizeidirektion Hannover. Jeder kann Schockanrufe erhalten und dann so paralysiert sein, dass er/sie den Verbrechern Geld und Schmuck übergibt. Dabei sind Ältere bevorzugte Ziele der Betrüger, da sie eventuell finanzielle Reserven für das Alter haben. Das Beste ist es, bei solchen Anrufen das Telefon sofort aufzulegen.

Das Verhalten bei Schockanrufen sollte man trainieren, da es den Regeln der Höflichkeit widerspricht. Verbrecher gehen davon aus, dass Ältere die Regeln der Höflichkeit mehr beachten, sowohl am Telefon als auch an der Haustür. Seitens der Polizei besteht das Angebot, sich bei Fragen und Problemen an die Sicherheitsberater(innen) für Senioren zu wenden. Diese polizeilich geschulten Kräfte kann man gegebenenfalls bereits im Vorfeld kontaktieren und dann im Notfall ansprechen. Die Adressen der Sicherheitsberater(innen) für Senioren erhält man von der Polizeidirektion beziehungsweise über die Internetangebote der Polizei. Zum Schluss noch folgende Hinweise der Polizei zu den Schockanrufen:

- > „Die Polizei ruft niemals mit der Telefonnummer 110 an!“,
- > „Die Polizei fordert niemals Bargeld oder Wertsachen!“,
- > „Misstrauisch sein! Im Zweifel selbst Ihre Polizei anrufen!“ – Und dafür die Telefonnummer griffbereit haben.

### ■ Digitalisierung

Die Digitalisierung schreitet permanent voran und auch Ältere müssen sich, um nicht abgehängt zu werden, dieser Entwicklung öffnen und sie nutzen: „Stillstand ist Rückschritt.“ Deshalb standen die Themen „Elektronische Patientenakte“ – Funktionen, Nutzen und Risiken für Nutzer sowie „E-Rezept“ auf dem Programm des Seminars. Aber nicht nur die elektronische Patientenakte war Teil der Veranstaltung, sondern auch die Nutzung der digitalen Medien. Die Referentin der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Frau Sabine Wolter, wurde digital zum Seminar zugeschaltet.

Die elektronischen Patientenakte könnte für Nutzer(innen) sehr hilfreich sein. Alle Gesundheitsdaten der verschiedenen Ärzte, medizinischen Untersuchungen, Impfdaten und so weiter werden an einer Stelle (in einer besonders gesicherten Cloud) zusammengefasst und stehen dann für künftige Behandlungen zur Verfügung. Auch in Notfällen wäre eine Zugriffsmöglichkeit auf relevante Daten einer/eines Verunglückten gegebenenfalls lebensrettend. Andererseits sind Gesundheitsdaten sehr sensible Daten und bedürfen eines entsprechenden Schutzes vor Zugriff durch Unberechtigte. Die aktuellen Hürden für den Zugang zur elektronischen Patientenakte und die gegebenenfalls sehr eng begrenzt zu erteilenden Berechtigung schrecken die meisten Berechtigten derzeit aber von der Nutzung der elektronischen Patientenakte ab.

Problematisch ist auch, dass jede Krankenkasse ihre eigene elektronische Patientenakte-App hat. Anspruch auf eine Patientenakte haben derzeit nur gesetzlich Versicherte, Privatversicherte sollen demnächst einen Anspruch erhalten.

Das E-Rezept ist ein Teil zur digitalen Entwicklung im Gesundheitswesen. Auch hier sind die Hürden für das Anmeldeverfahren zur Nutzung des E-Rezepts sehr hoch. Die datenschutzrechtlichen Vorgaben für einen einfachen Einsatz können bislang nicht erfüllt werden und so wurde in den Testregionen das Verfahren gestoppt. Grundsätzlich soll das E-Rezept digital erstellt und genutzt werden, für das die/der Nutzer(in) ein technisches Gerät benötigt, aber man kann sich auch das Rezept ausdrucken lassen.

### ■ NLBV

Abschließend referierte Herr Erwin Braun vom Niedersächsischen Landesamt für Bezüge und Versorgung (NLBV) – Beihilfestelle Aurich – zum Thema „Wandel von Papier zur elektronischen Abrechnung beim NLBV“. Das NLBV hatte den Auftrag erhalten, das Beihilfeverfahren zu digitalisieren.

Bei dem digitalen Verfahren werden die eingereichten Beihilfeanträge gescannt und dann wird im Amt nur noch mit digitalen Daten gearbeitet. Dieses Verfahren ist ein Zwischenschritt hin zur alternativen Einreichung der Beihilfeanträge mittels Beihilfe-App des NLBV. Die App kann bereits jetzt kostenlos über die Internetseite des NLBV (<https://www.nlbv.niedersachsen.de>) geladen werden. Mit dieser App kann die/der Berechtigte ihre/seine Daten zu Hause erfassen und dem Amt in elektronischer Form zuleiten. Die auf Papier vorhandenen Arztrechnungen und so weiter verbleiben dann bei der/dem Beihilfeberechtigten.

Wenn man mit digitalen Daten arbeitet, stehen diese sowohl für den Einzelfall als auch für allgemeine Auswertungen zur Verfügung. Bei einer vollständigen Digitalisierung sind Auswertungen unterschiedlichster Art wesentlich einfacher.

Jürgen Jitschin,  
NBB-Seniorenvertretung



## Landeshauptvorstandssitzung des NBB

Am 15. November fand im Maritim Hotel Hannover die Landeshauptvorstandssitzung des NBB statt. Diese war gut besucht und es fand ein konstruktiver und sehr guter Austausch der Kolleginnen und Kollegen statt.

Der 1. Landesvorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl, ging in seiner Begrüßung auf die besonderen und auch schweren Zeiten ein, in der sich die Welt derzeit befindet. Jeder einzelne spüre derzeit die Auswirkungen der Krisen. Die Realität scheint leider zu sein, dass sich die angespannte Lage derzeit auch nicht beruhigen wird.

Viele der Kolleginnen und Kollegen können die finanziellen Mehrbelastungen nicht „einfach so wegstecken“. Ganz im Gegenteil – eine A 9-Besoldung reicht beispielsweise nicht mehr, um eine Familie mit zwei Kindern zu unterhalten, so Zimbehl.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat massive Folgen – nicht nur im Energiekostenbereich, sondern auch in der Frage, wie wir die vielen Tausend Menschen, die zu uns kommen, angemessen aufnehmen, versorgen, verwalten und unterrichten

wollen. Wir reden bundesweit allein von 170.000 schulpflichtigen Kindern aus der Ukraine – und das vor dem Hintergrund, dass wir schon jetzt deutlich zu wenige Lehrkräfte haben, so Alexander Zimbehl weiter.

Der 1. Landesvorsitzende ging zudem auf die Digitalisierung ein. Beziehungsweise besser ausgedrückt: die NICHT-Digitalisierung. In fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes besteht dahingehend ein derartiger Nachholbedarf.

Das Thema Personalmangel wurde als Kernproblem des öffentlichen Dienstes bei der Sitzung ebenfalls ausführlich besprochen und diskutiert. Der Fachkräftemangel trifft uns mit voller Wucht. Der NBB, der dbb und unsere Mitgliedsorganisationen weisen seit Jahren ununterbrochen auf dieses enorme Problem hin – es ist seitens der politisch Verantwortlichen viel zu wenig geschehen!

Auch über die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt wurde viel gesprochen. Die Stichworte Hass, Hetze und eine Respektlosigkeit den Kolleginnen und Kollegen gegenüber sind leider die neue Normalität.

Dieser öffentliche Dienst ist Tag für Tag das beste Beispiel dafür, dass die Menschen dem öffentlichen Gemeinwohl wieder vertrauen können – aber wir brauchen die absolute Unterstützung der Politik dazu, das auch umsetzen zu können! Deswegen werden wir als NBB auch weiter beharrlich unsere Probleme deutlich machen – gleichzeitig auch Angebote an eine neue Landesregierung unterbreiten und alles dafür tun, Verbesserungen herbeizuführen.

In der Sitzung des Landeshauptvorstandes wurde zudem über die Themen Besoldungsanpassungsgesetz, Gesetz zur amtsangemessenen Alimentation, einen Ausblick auf die Alimentationsbeschlüsse des BVerfG gegeben und selbstverständlich die permanente Benachteiligung der Versorgungsberechtigten angesprochen.

Die anstehenden Tarifverhandlungen TVöD/TV-L wurden dis-

kutiert. Alle Kolleginnen und Kollegen müssen dabei zusammenstehen und gemeinsam für die Forderungen kämpfen. Auch wenn es sich um den TVöD handelt, muss uns allen klar sein, dass dieser Abschluss maßgebliche Bedeutung für die unmittelbar folgenden Verhandlungen des TV-L haben wird!

In der Sitzung wurden auch allgemeine Themen wie zum Beispiel die Wegstreckenentschädigung (Runderlass zum 1. Oktober, die Wegstreckenentschädigung zunächst befristet auf 40 Cent anzuheben) besprochen. Dies ist ein großer Erfolg des NBB und seiner Mitgliedsgewerkschaften! Dafür bedankte sich Alexander Zimbehl ausdrücklich bei allen Beteiligten.

Weiter ging es auch um die Beihilfe, das NPersVG und die Arbeit der Arbeitsgruppe des NBB in diesem Bereich, die Vereinbarungen bezüglich des § 81 Telearbeit/mobiles Arbeiten sowie Hard- und Software.

Wir bedanken uns bei allen Kolleginnen und Kollegen für die gute Sitzung des Landeshauptvorstandes! Die nächste Landeshauptvorstandssitzung des NBB ist für Frühjahr 2023 geplant. ■

### › Energiepreispauschale Versorgungsberechtigte

**Das NLBV zahlt eine steuerpflichtige Energiepreispauschale (EPP) in Höhe von 300 Euro für Versorgungsberechtigte mit den Bezügen für Dezember 2022 im Vorgriff auf die gesetzliche Regelung für Niedersachsen.**

Berechtigt sind Ruhestandsbeamtinnen und -beamte sowie Witwen, Witwer und Waisen, denen für den Monat Dezember 2022 Versorgungsbezüge zustehen.

Ausgenommen davon sind Personen, die zu einem anderen Versorgungsbezug oder zu einer Sozialversicherungsrente eine entsprechende Leistung erhalten. Erhält eine Person zwei beamtenrechtliche Versorgungsbezüge, wird die EPP nicht zu der Versorgung gezahlt, bei der die jeweils andere Versorgung angerechnet wird. Außerdem wird die EPP nicht an

Personen gezahlt, die ihren Wohnsitz im Ausland haben.

Wird eine Rente oder eine Versorgung auf einen Versorgungsbezug angerechnet, wirkt sich die zu der anzurechnenden Leistung gezahlte EPP nicht zusätzlich kürzend auf die Versorgung aus, bei der die Anrechnung vorgenommen wird.

Wenn eine Person im Rahmen der Zahlung der Besoldung oder des Tarifentgelts zu diesem Bezug oder aus sonstigem Grund für September 2022 eine EPP erhalten hat, ist das kein Ausschlussgrund für die oben genannte Zahlung im Dezember 2022. Auch diesen Personen kann im Dezember eine EPP zur Versorgung zustehen, wenn die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind. (Quelle: NLBV)

**Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion hat sich von Anfang an dafür eingesetzt, dass diese Pauschale, aus unserer Sicht selbstverständlich, auch an die Versorgungsberechtigten in Niedersachsen zu zahlen ist!**

**Mit viel Unverständnis haben wir reagiert – und dieses auch ganz eindeutig den politisch Verantwortlichen zu verstehen gegeben –, dass sich die Umsetzung derart in die Länge gezogen hat. Dieses hat zu Verunsicherungen und auch Unverständnis bei unseren Kolleginnen und Kollegen geführt. So sieht eine Wertschätzung nicht aus und der NBB wird sich auch in Zukunft nicht mit Abweisungen und schwammigen Erklärungsversuchen zufriedengeben. Unser Einsatz lohnt sich.**

## Bundesgewerkschaftstag 2022

Der dbb Gewerkschaftstag 2022 fand unter dem Motto „Staat. Machen wir!“ in der Zeit vom 27. bis 30. November 2022 in Berlin statt. Das Estrel Congress Center Berlin (ECC) beherbergte über 900 Delegierte aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes sowie Gäste und Ehrengäste, die zum Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion aus ganz Deutschland angereist sind.



Die Regierende Bürgermeisterin von Berlin, Franziska Giffey, hat in ihrem Grußwort am ersten Tag des Gewerkschaftstages die Leistung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gewürdigt.

„Ihr Gewerkschaftstag ist ein wichtiger Impulsgeber für den funktionierenden Staat. Und die 906 Anträge, die Sie sich vorgenommen haben, sind für mich ein Beleg für die Leidenschaft, mit der Sie sich um die Erhaltung und Weiterentwicklung eines funktionierend öffentlichen Dienstes einsetzen.“

Als wichtiges Mittel, die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sicherzustellen, nannte sie die Attraktivität der Arbeit zu erhöhen und gezielt junge Menschen anzuwerben. Viele Jüngere suchten heute eine sinnhafte Tätigkeit.

Keinerlei Toleranz ist aus Giffey's Sicht beim Thema Gewalt gegen staatliche Beschäftigte angebracht. „In Berlin sagen wir deshalb: ‚Deine Freiheit, deinen Arm zu schwingen, endet da, wo meine Nase anfängt.‘“

### ■ Wahl der Bundesleitung

Nach der Bestätigung von dbb Chef Ulrich Silberbach im Amt

hat der dbb Gewerkschaftstag die weiteren Mitglieder der dbb Bundesleitung gewählt.

Friedhelm Schäfer, der bisherige Zweite Vorsitzende des dbb und Fachvorstand Beamtenpolitik, bekleidet sein Amt ebenso wie Volker Geyer, bisheriger stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, für weitere fünf Jahre.

Komplettiert wird die neue Bundesleitung des dbb durch die weiteren stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden:

Simone Fleischmann (Verband Bildung und Erziehung – VBE), Andreas Hemsing (komba gewerkschaft), Milanie Kreutz (Deutsche Steuer-Gewerkschaft – DSTG), Heiko Teggatz (DPoIG Bundespolizeigewerkschaft), Maik Wagner (Gewerkschaft der Sozialversicherung – GdS) und Claus Weselsky (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer – GDL).

Qua Amt gehören der dbb Bundesleitung zudem als beratende Mitglieder ohne Stimmrecht die Vorsitzenden der dbb Jugend (Matthäus Fandrejewski) und der dbb bundessenorenvertretung (Horst Günther Klitzing) an.

### ■ Ehrenmitglieder

Zu Ehrenmitgliedern des dbb wählten die Delegierten die bisherigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Astrid Hollmann (Mediengewerkschaft VRFF), Kirsten Lühmann (Deutsche Polizeigewerkschaft – DPoIG) und Thomas Eigenthaler (Deutsche Steuer-Gewerkschaft – DSTG), die in diesem Jahr nicht mehr kandidiert hatten.

### ■ Leiteträge

In über 30 Leiteträgen, die der dbb Gewerkschaftstag am 28. November 2022 angenommen hat, sind alle notwendigen Bausteine für eine umfassende Modernisierung des Staates enthalten.

„Heute wurde einmal mehr bewiesen: Der dbb mit seinen 41 Fachgewerkschaften und 16 Landesbünden ist das Kompetenzzentrum für alle Belange des öffentlichen Dienstes und der Daseinsfürsorge“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach. „Von den tragenden Säulen der Beamten- und Tarifpolitik über Querschnittsthemen wie Mitbestimmung, Digitalisierung und Diversität in der gesamten Verwaltung bis hin zu den großen gesellschaftlichen

Herausforderungen wie Fachkräftemangel, demografischer Wandel sowie Klimapolitik: Der dbb benennt nicht nur offen und ehrlich die Probleme des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche, sondern bietet als konstruktiver Partner von Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Wirtschaft eigene Lösungen an.“

### ■ Öffentliche Veranstaltung

„Deutschland braucht einen starken öffentlichen Dienst – gerade jetzt in diesen Krisenzeiten“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz bei der öffentlichen Veranstaltung am 29. November 2022 in Berlin.

Die Zeitenwende, ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und den damit einhergehenden Bruch der europäischen Friedensordnung, mache nirgendwo halt und betreffe in ihren Auswirkungen sämtliche Bereiche des öffentlichen Dienstes, wo die Beschäftigten neben den „normalen“ Aufgaben unter Hochdruck an der Unterstützung für Geflüchtete, der Abfederung von Härten durch Inflation und Energiepreisexplosion und der Umsetzung der Energiewende arbeiten.



„Sie sind die Gestalter der Zeitenwende“, adressierte der Bundeskanzler die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes in Deutschland, „Staat machen Sie, und das sehr gut. Und dafür danke ich Ihnen von ganzem Herzen.“

■ **Podiumsdiskussion**

Die Rolle des Staates und das Ansehen des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber waren Themen der Podiumsdiskussion.

Die politische Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen, Emily Büning, sprach sich klar für Einkommenserhöhungen im öffentlichen Dienst aus. Die hohe Arbeitsbelastung der Beschäftigten ließe sich auch durch eine Verschlankung von Aufgaben des öffentlichen Dienstes reduzieren: Leistungen sollten zusammengelegt, die Zahl der Antragsverfahren verringert werden. Diesbezüglich biete die Digitalisierung ein großes Potenzial.

Der öffentliche Dienst brauche Wertschätzung, eine gute Infrastruktur, Ausstattung und Ver-

gütung, bekräftigte CDU-Generalsekretär Mario Czaja. Auch müssten die Prozesse stimmen, wobei es vor allem darauf ankomme, die Abläufe in der Verwaltung möglichst flüssig und transparent zu gestalten.

Die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag, Susanne Ferschl, bezeichnete die angemessene Bezahlung der Beschäftigten als einen Baustein, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu erhöhen. Als weitere Anreize nannte sie verbesserte Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, eine größere Durchlässigkeit bei den Laufbahnen sowie generell mehr Möglichkeiten zur Karrieregestaltung.

Konstantin Kuhle, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion, betonte, dass gerade das Berufsbeamtentum für junge Menschen attraktiv sei, „aber wir haben zu wenige, die sich zum Beispiel in der IT ein Leben lang verpflichten wollen. Daher müssen wir uns über Einstiege und

Laufbahnen Gedanken machen“, forderte Kuhle. Laufbahnwechsel müssten in den Behörden „kulturell gelebt“ und Möglichkeiten gefördert werden, „wieder aus dem öffentlichen Dienst herauszukommen, und zum Beispiel in die Wirtschaft oder den Tarifbereich zu wechseln“. Auch die Einkommensforderung des dbb für die Einkommensrunde 2023 mit Bund und Kommunen sei nicht zu hoch: „Zehn Prozent sind ja bei der Inflation nicht mehr Geld als vorher. Es ist doch klar, dass sie das fordern müssen. Nur: Was am Ende dabei herauskommt, müssen sie mit meinem Parteivorsitzenden, dem Finanzminister, besprechen.“

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert forderte eine angemessene Vergütung und sächliche Ausstattung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Mit Blick auf den Zustand mancher Dienstgebäude gab Kühnert zu bedenken: „Man mag sich nicht vorstellen, was es für Beschäftigte bedeutet, 38 bis 40 Stunden pro Woche in dieser Umgebung arbeiten zu müssen.“ Das zu än-

dern, sei eine Frage des Respekts gegenüber den Beschäftigten. Was das Krisenmanagement des Staates betreffe, konstatierte Kühnert, dass Stellenäquivalente nicht als von Menschen besetzte Stellen gezählt werden dürften. „Wir müssen darüber streiten, wie wir mehr Menschen in den öffentlichen Dienst bekommen.“ Der Schlüssel liege hier unter anderem in der Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen im öffentlichen Dienst.

*(Quelle: dbb, auf der Website des dbb finden Sie alle ausführlichen Informationen.)*

■ **Abendveranstaltung**

Der Bundesgewerkschaftstag endete mit einer tollen Abendveranstaltung. Es gab ein sehr leckeres Abendessen, gute Gespräche, tolle Musik und das Tanzbein wurde bis spät in die Nacht geschwungen.

Wir bedanken uns herzlich bei allen vom dbb Beteiligten, insbesondere für die tolle Organisation. ■

## Rechtewahrung – Information 2022

Der NBB hat Informationen übermittelt, aus denen sich ergibt, zu welchen Themen wir empfehlen, vor Jahresende Widerspruch einzulegen/einen Antrag zu stellen, um mögliche eigene Rechte zu wahren.

Die Vordrucke dafür erhalten Sie auf Anfrage direkt bei Ihrer Mitgliedsgewerkschaft!

■ **Amtsangemessene Alimentation und Anpassung des Familienzuschlages ab dem dritten Kind**

Die Musterverfahren des NBB zur Unteralimentierung nach der Streichung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes laufen seit

dem Jahr 2005. Zum aktuellen Verfahrensstand weisen wir darauf hin, dass bisher keine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vorliegt.

Wie berichtet hat das BVerfG in grundlegenden Entscheidungen ausdrückliche und verbindliche Festlegungen getroffen. Diese Vorgaben hat es in seiner Entscheidung vom 4. Mai 2020 zur Besoldung von Richterinnen und Richter im Land Berlin ausdrücklich bestätigt, konkretisiert und die Berechnungsparameter präzisiert. Dabei wurde insbesondere das Abstandsgebot zum allgemeinen Grundsicherungsniveau als ein eigenständiger hergebrachter Grundsatz des

Berufsbeamtentums hervorgehoben. Den mit Art. 33 GG vorgegebenen und durch die Rechtsprechung ausgeschärften Vorgaben ist der Besoldungsgesetzgeber in Niedersachsen auch im Jahr 2022 nicht nachgekommen.

■ **Ruhegehaltsberechnung nach begrenzter Dienstfähigkeit**

Nach der BVerfG-Entscheidung vom 28. November 2018, 2 BvL 3/15, wurde § 12 NBesG geändert. Seitdem erhalten begrenzt dienstfähige Beamte zusätzlich zu ihren Teilzeitbezügen einen Zuschlag in Höhe von 50 Prozent des Unterschiedsbetrages zwischen den Teilzeitbezügen und den Dienstbezügen, die der begrenzt Dienstfähige bei Vollzeitbeschäftigung erhalten würde.

Versorgungsrechtlich wird der Zeitraum der begrenzten Dienstfähigkeit allerdings nur in Höhe der tatsächlichen Teildienstfähigkeit berücksichtigt. Dieses Auseinanderfallen zwischen besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Auswirkungen der begrenzten Dienstfähigkeit ist aufgrund des Wertungswiderspruchs verfassungswidrig. Die Zeit der begrenzten Dienstfähigkeit ist versorgungsrechtlich in dem gleichen Umfang zu berücksichtigen wie die gewährte Gesamtbesoldung.

Zur Klärung der Frage der verfassungsrechtlich gebotenen versorgungsrechtlichen Berücksichtigung von Zeiten der begrenzten Dienstfähigkeit ist ein Klageverfahren anhängig. Auch in diesem Verfahren gibt es aktuell keine neuen Entwicklungen. ■